

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

jedes Jahr sterben in Deutschland 1.000 Menschen, die auf ein Spenderorgan gehofft hatten. Rund 10.000 Patienten stehen auf der Warteliste. Hinter diesen Zahlen stecken oft sehr bewegende Schicksale, denn alle diese Menschen bangen jeden Tag um ihr Leben.



Deshalb haben wir die Bayerische Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert zu prüfen, welche Strukturveränderungen nötig sind, um die **Organspendebereitschaft in Deutschland weiter zu erhöhen**. Zwar sind auf Bundesebene zwei Lösungsvorschläge vorgelegt worden. Doch nachdem der Gesetzentwurf zur doppelten Widerspruchslösung im Bundestag keine Mehrheit gefunden hat und stattdessen dem Vorschlag zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft zugestimmt worden ist, müssen wir uns in Bayern die Frage stellen, wie wir mehr Menschen für diese wichtige Solidarbereitschaft gewinnen können – parallel zu den Maßnahmen des Bundes.

Wir wollen auch mit Vorurteilen aufräumen und die Bevölkerung über Ablauf, Aufsichts- und Kontrollmechanismen einer Organspende besser informieren. Niemand soll Angst vor einer möglichen Organspende haben. Wir FREIE WÄHLER wollen vielmehr deren positive Wirkung für schwerkranke Menschen in den Vordergrund rücken. Denn eine repräsentative Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zeigt: 84 Prozent der Menschen in Deutschland stehen einer Organ- und Gewebespende positiv gegenüber. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass wir die Organspendebereitschaft im Freistaat durch intensivierte Information und Aufklärung weiter deutlich erhöhen werden.



Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- Maßnahmen gegen Mobbing unter Schülern
- Freie Fahrt im ÖPNV für Angehörige von Blaulichtorganisationen
- Umgang mit 5G-Netzwerkausrüstern wie Huawei
- Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes
- Was tun gegen umweltbedingte Erkrankungen?
- Irrsinn bei der Bonpflicht beenden!

Rückblick

Mobbing an Bayerns Schulen ist ein wachsendes Problem: Rechnerisch leidet **ein Kind pro Klasse** unter den Folgen systematischer Schikanen seiner Mitschülerinnen und Mitschüler. Das haben wir FREIE WÄHLER zum Anlass genommen, in einem Antrag zum Landtagsbildungsausschuss „**feste, verlässliche Unterstützung der Schulen für die wirksame Bekämpfung von Mobbing**“ zu fordern. Das fiese Verhalten tritt vor allem an weiterführenden Schulen auf – kein neues Phänomen. Doch es hat sich gezeigt, dass nur Prävention wirklich hilft, um ein Kind sicher vor Isolation, sozialer Ausgrenzung oder gar gewalttätigen Übergriffen zu schützen. Lösungsstrategien müssen auf den individuellen Fall ausgerichtet sein, den Opferschutz

in den Vordergrund stellen und nach Möglichkeit immer die gesamte Klasse umfassen. Wir wollen auch mehr Hilfe für Schulleitungen und Lehrkräfte sowie zusätzliche schulische Ansprechpartner für die Kinder zur Verfügung stellen. So hilft uns Kultusminister Michael Piazzolo im Rahmen des Programms ‚Schule öffnet sich‘ unter anderem mit der Bereitstellung von **weiteren 500 Stellen für Schulpsychologen und Schulsozialpädagogen**. Das erfolgreiche Projekt „Prävention im Team“ (PiT) an Bayerns Schulen soll verstärkt werden – ein Trainingsangebot zur **Deeskalation von Gewalt und Rassismus** in Zusammenarbeit von Schule, Polizei und außerschulischen Partnern. Hier werden Techniken zum Austragen von Konflikten ohne Mobbing und Gewalt gezielt eingeübt. Das verstehen wir FREIE WÄHLER unter effektiver Bildungs- und Sozialpolitik.



Freie Fahrt für uniformierte Kräfte von Blaulichtorganisationen: Das hatten wir Anfang Januar bei unserer Klausur in Schwandorf gefordert – nur zwei Wochen später wurde die Resolution nun vom Ministerrat angenommen. Wie Polizisten sowie Angehörige der Bundeswehr können damit vielleicht bald auch **uniformierte Mitarbeiter von THW, Freiwilliger Feuerwehr und vielen weiteren ehrenamtlich tätigen Hilfsorganisationen kostenlos in Bussen und Bahnen des Freistaats mitfahren**. Dies soll nun rasch geprüft werden.

Wir können uns nicht erinnern, dass eine politische Initiative unserer Fraktion jemals so schnell vom Koalitionspartner angenommen und vom Kabinett gebilligt wurde. Es wäre ein fantastisches Signal an die vielen Menschen, die sich in Blaulichtgruppen für mehr Sicherheit in Bayern engagieren – zu unser aller Wohl. Und es zeigt, wie gut die Zusammenarbeit der orange-schwarzen Koalition funktioniert. Vor zehn Jahren hatte das Bayerische Innenministerium mit hiesigen Verkehrsunternehmen die Vereinbarung getroffen, dass uniformierte Polizistinnen und Polizisten der Landes- und Bundespolizei alle öffentlichen Verkehrsmittel in Bayern kostenlos nutzen dürfen. Im Gegenzug greifen die Beamten bei Konflikt- und Notsituationen ein – oftmals außerhalb ihres Dienstes. Dies führt zu einem **subjektiv besseren Sicherheitsgefühl aller Fahrgäste** und es zeigt Angehörigen von Blaulichtorganisationen hoffentlich schon bald, wie sehr wir ihr Engagement zu schätzen wissen.

Wie gehen wir beim Aufbau des nächsten Mobilfunkstandards 5G mit Netzwerkausrüstern wie dem chinesischen Staatskonzern Huawei um? Wie lassen sich einerseits **Spionage und Sabotage verhindern**, andererseits das dringend benötigte Netz **kostengünstig und schnell aufbauen**? Dazu hat die Europäische Kommission in der vergangenen Woche klar definierte Handlungsvorschläge herausgegeben – was die Wankelmütigkeit der Bundesregierung einmal mehr sichtbar macht. Wir FREIE WÄHLER vertreten den Standpunkt, dass wir gerade beim Aufbau systemrelevanter Infrastruktur wie dem Mobilfunknetz – mit 5G auch Grundlage des autonomen Fahrens – einen Grundsatz brauchen. Und der lautet: ‚Europe First‘. Bayern will die innovative Federführung bei 5G, unsere Ziele sind grenzübergreifend und ambitioniert. **Einfallstore für digitale Spionage und Sabotage können wir uns nicht leisten**. Entsprechend groß muss auch der Spielraum der Mitgliedstaaten sein: Wer will, kann künftig einzelne Anbieter aus sicherheitsrelevanten Gründen ausschließen – das sollte jetzt auch die klare Position der deutschen Kanzlerin und ihres Wirtschaftsministers werden. Denn dort, wo es bei Konzernen Beweise einer Kooperation mit Staaten und Regimes gibt, ist eine Beteiligung grob fahrlässig. Wir in Europa, teilweise auch wir in Bayern, haben jedoch das Know-how, um unsere Netze mit eigenen Mitteln und Firmen aufzubauen. Das sollten wir dann auch tun und die Förderung der Hightech-Forschung entsprechend intensivieren. Die Kanzlerin muss handeln - jetzt!

Bei der jüngsten Plenarsitzung haben wir uns auch mit einem Gesetzentwurf der SPD befasst: Sie möchte das Roden von Waldflächen in Bayern deutlich erschweren – dem Klima zuliebe. Selbstverständlich ist auch uns FREIEN WÄHLERN der Erhalt der bayerischen Waldflächen ein wichtiges Anliegen. Den vorliegenden Gesetzentwurf mussten wir dennoch ablehnen – denn bei genauer Betrachtung stellten wir fest, dass eine **Gesetzesänderung schlichtweg nicht erforderlich** ist. Rodungsvorhaben sind schon heute mit hohen Hürden verbunden.

Beispielsweise besteht in waldarmen Regionen ein hohes öffentliches Interesse am Walderhalt. Dort können Rodungsvorhaben bereits jetzt häufig nur unter der Auflage von Ersatzaufforstungen genehmigt werden. Der vorgelegte **Gesetzentwurf bildet für**



diese Fälle faktisch nur den bestehenden Gesetzesvollzug. In waldreichen Gebieten hingegen sind vielerorts überhaupt keine zusätzlichen Wiederaufforstungsflächen vorhanden – weil die hierfür zur Verfügung stehenden Flächen bereits bewaldet sind.

Ob Feinstaub, synthetische Substanzen oder Autoabgase – die Belastung der bayerischen Bevölkerung durch Umweltschadstoffe wächst rapide. Doch für Menschen, die darauf mit **umweltbedingten Erkrankungen** reagieren, gestaltet sich die Suche nach geeigneten Ärzten schwierig. Wir haben die Staatsregierung daher im Landtagsgesundheitsausschuss aufgefordert, ein Behandlungskonzept zu erstellen, das auf diese Problematik eingeht. Denn wer an umweltbedingten Erkrankungen wie Chemikalien-Sensitivität leidet – etwa weil er gegen Duftstoffe, Zahn-Amalgam, Lösungsmittel oder Weichmacher empfindlich ist – findet derzeit oft keine passende Therapie. Zunächst gilt es, eine praktikable Deklarationspflicht für Duftstoffe im öffentlichen Raum zu prüfen. So kann der Verbraucher krankmachende Substanzen viel leichter meiden. Wir wollen auch die **ärztliche Fortbildung im Bereich Umweltmedizin vorantreiben**, die Forschung zu umweltassoziierten Symptomkomplexen ausweiten und an den Ambulanzen der Universitätskliniken München, Erlangen sowie künftig Augsburg **Medizinische Kompetenzstellen einrichten**. Die Staatsregierung wird in unserem Antrag auch aufgefordert, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) mit einem regelmäßig zu aktualisierenden Verzeichnis zu beauftragen. Darin sollen Anlaufstellen und Spezialisten, die mit dem Thema

umweltassoziierte Erkrankungen vertraut sind, aufgelistet werden. Eine entsprechende Erweiterung des Leistungskatalogs der Krankenkassen um einige Basispunkte ist unseres Erachtens ein weiterer wichtiger Schritt. So können wir die Lebensqualität der Patienten deutlich steigern – und vermeiden eine Isolation der Betroffenen – bis hin zur Arbeitsunfähigkeit.

Mit unserem Dringlichkeitsantrag zur **Belegausgabepflicht (Bonpflicht)** fordern wir die Staatsregierung auf, die Spielräume bei der Befreiung von der Bonpflicht aus Zumutbarkeitsgründen zu nutzen, um bürokratische Auswüchse zu vermeiden und sich auf Bundesebene für Erleichterungen einzusetzen.

Ausblick

Am 4. Februar stellen wir im Bayerischen Landtag gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die **Fraktionsinitiativen zum Nachtragshaushalt** vor. Da geht's um viel Geld, das wir wie immer zum Wohle der Bürger Bayerns aufwenden. Lasst Euch überraschen, welche Schwerpunkte wir diesmal setzen. [HIER \[KLICK!\]](#) könnt Ihr bei unserer Pressekonferenz aus dem Maximilianeum LIVE zuschauen: Dienstag ab 10.30 Uhr.



Impressum: Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling